

Ting, der über den Verfall des priesterlichen Lebens rücksichtlose und scharfe Urteile gefällt hat, mag hier angeführt sein. Zug der scharfen Rügen muß er gestehen: „Ich kenne Gott weiß es, in den sechs Diözesen des Rheines viele, ja unzählig viel Seelsorger unter den Weltgeistlichen, mit reichen Kenntnissen namentlich für die Seelsorge ausgerüstet und sitzen. Ich kenne sowohl an Kathedralen, als an Stiftskirchen ausgezeichnete Prälaten, Kanoniker, Vicare, ich sage nicht bloß wenige, sondern viele Männer des unbekannten Rufes, voll Frömmigkeit, Demut und Freigiebigkeit gegen die Armen.“ An einer anderen Stelle spricht er von „so vielen Söhnen der angehobenen Bürger, mit dem Doktorgrade der heiligen Theologie geschmückt, dergleichen wie durch die Gnade Gottes in vielen Diözesen Deutschlands den Pfarrkirchen vorgezeigt leben. Vornamens war vielleicht an solchen Wangel, heutzutage aber seien wir, dank der durch Gottes Gnade bei den Deutschen erfundenen Buchdruckerkunst, täglich eine größere Anzahl gelehrter Männer auftreten, welchen mit grosem Ruhm die Seelsorge anvertraut ist.“²⁰⁾

Die Erziehung Luthers ist selbst ein Beweis von der gründlichen Bildung, die der Ordensmann im allgemeinen genoss. Der „Reformator“ selbst ist ein sprechendes Zeugnis, daß es auch in den Klöstern nicht so schlimm ausgesehen hat. So lange er im Kloster lebte, war er ein ernster und sitzender Mönch; sein einziges Vergernis aus seinem Klosterleben vermag er zu erzählen. Es gab damals laue und leichtfertige Mönche, die sich mit Freuden der „Reformation“ an, aber nicht, um sich zu bessern, sondern um freier und ungebundener leben zu können.

Das Verallgemeinern ist ein schwerer Fehler, der sich leicht täuschen kann. Denn ebenso wie die vor kommende Sittenverderbnis in Volk und Städt nicht auf die ganze Geistlichkeit und das ganze Deutschland ausgebreitet werden darf, und wir deshalb mit allem Nachdruck diese in den Religionsbüchern beflogene Methode verurteilen müssen, so mündete sich mit Recht die Stöferische „Kirchengeitung“²¹⁾ gegen einen Artikel aus dem „Evangelischen Allianzblatt“, welcher beginnt: „Die moralische Korruption unserer Zeit zeigt ihre Niedrigkeit seit einigen Monaten auch innerhalb der evangelischen Pastorenchaft in einem ganz erschreckenden Grade.“ Dann ist die Rede von 50 Pastoren, die allein in Südpfauen in Unterordnung gewesen seien sollen wegen Betrug und Verbrechen gegen die Sittlichkeit; in Sachen hätten zwei Geistliche durch Selbstmord geendigt nach jahrelangem systematischem Raub und Betrug; in Oldenburg die Fälle Holm, Wellhausen, Müller usw.; dann heißt es: „Aurthbar ist das Vergernis, welches die Kirche durch solche Tümer der Welt gibt, und ganz unermeßlich ist der Seelenzettel, der dadurch angerichtet wird.“ An diese ersten Worte hängt Stöfer folgenden Tadel: „Diese Art, die Sünden einzelner einem ganzen Stande und der Kirche zuzuschreiben, ist ein vorrende!“ So, gewiß! Aber es ist ebenfalls empörend, wenn man die persönlichen Fehler einzelner Päpste auf das Konto des Papsttums und der Kirche setzt. Dürfen etwa die Untertanen den Eid der Treue brechen, weil die Kürten in ihrem Privatleben Verirrungen aufweisen? Gott hat das gesetzt, Luther, der den Kaiseroppositionismus herbeiführte, mit gutem Grund nicht. Selbst das Volk hat keine Schaden, so lange es in der Erde ruht; so hatte auch die katholische Kirche Papste, ja sogar der Protestantismus manche Prediger, die nicht in jeder Hinsicht Muster der Vollkommenheit waren.

Man lasse also auch dem Papsttum in der katholischen Kirche Gerechtigkeit angeidehen. Vor allem verwirren man nicht im Utreit der Jugend durch die tendenziös gesetzte Geschichte des 15. und 16. Jahrhunderts die sittlichen Vergriffe. Die Verallgemeinerung, die ihr im Religionsunterricht beigebracht wird, kann sich einmal bitter rächen, wenn sie anfängt, mit dem gleichen Maßstab des Generalisierens, die Armuten in der protestantischen Kirche zu messen. W.

²⁰⁾ Ammonitae literaria Frohburgensis. Fassical. II. Alman 1770, pag. 280 und 348.
²¹⁾ 18-2, Nr. 7, S. 69.

Politische Nachrichten.

Dresden, den 29. Oktober 1908.

Der Kaiser traf am Donnerstag nachmittag 2 Uhr 8 Minuten mittels Sonderzuges aus Wernigerode in Wildpark ein.

— Erhöhung der Zivilliste in Preußen. Die Verhandlungen über die Erhöhung der preußischen Ziviliste sind zum Abschluß gelangt; im Etat wird eine Erhöhung um 2½ Mill. Mk. gefordert werden. Die Erhöhung wird geltend gemacht mit den höheren Ausgaben für die Beamten, der Unterhaltung der Thiere (Zoologisch kostet über 1½ Mill. Mk.) und den erhöhten Ausgaben für die königlichen Paläze.

— Die Landtagswahlen in Hessen. Der langjährige Abgeordnete Jakob Bennerich (Centr.) wurde wiedergewählt. In Mainz siegten Dr. Schmidt (Centr.) und Dr. Pagenstecher (nat.-lib.) mit 1530 Stimmen über die bisherigen sozialdemokratischen Abgeordneten Adelung und Dr. David, die 359 Stimmen erhielten. Das Bündnis des Centrums mit der nationalliberalen Partei hat somit den gewünschten Erfolg gehabt.

— Seitens der Reichsregierung wird dem Reichstage außer einer Bandenkostensteuer für Zigaretten auch der Entwurf einer Zigarettensteuer vorgelegt werden. Wahrgehend sollten für diese Hinauslieferung der bisherigen Steuersätze für Zigaretten die günstigen Ergebnisse der Zigarettensteuer gewesen sein. Hierbei dürfen aber doch folgende Gesichtspunkte zu beachten sein: Die Zigarettensteuer ist eine der wenigen Steuerquellen, die die in sie gelegten Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern sogar noch übertroffen hat. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Steuersätze unter der Mitarbeit der Zigaretten-Industrie festgelegt wurden, die, als sie die Unabwendbarkeit der Sonderbesteuerung erkannte, den bis dahin vertretenen ablehnenden Standpunkt aufgab. Dadurch erreichte man, daß für die verschiedenen Preislagen Steuersätze geschaffen wurden, die einerseits der Regierung einen aufziehenden Extra-Nachteil, anderseits aber noch der Industrie die Möglichkeit gaben,

sich trotz der hohen Belastung weiter glücklich zu entwinden. Diese Sätze stellen aber die Grenze des überhaupt Erreichbaren dar, wie sie sich als Resultat der langwierigen Verhandlungen zwischen der Reichstagskommission und der Industrie herausgestellt haben. Geht man jetzt über diese Grenze hinaus, so besteht die Gefahr, daß dann die Industrie teilweise gelähmt und darüber auch das finanzielle Ergebnis leidet würde.

— Das preußische Abgeordnetenhaus erledigte am Donnerstag zunächst die Lehrerbefreiungsvorlage, wobei der Sozialdemokrat Bergmann zunächst versuchte, seine Rede vorzulegen, sich über alles mögliche verbreite, wohl die Rot der Lehrer beschuldigte, aber eine solche Unkenntnis an den Tag legte, daß er nicht einmal die Bestimmungen des Schulunterhaltungsgegesetzes kannte. Nachdem der freisinnige Abgeordnete Hoff sich über die Gleichstellung der Lehrer verbreitert hatte, legte Ministerialdirektor Schwarzkopff dar, wie sehr die Ausgaben des Staates im Laufe der letzten Jahre gestiegen sei. Dann kam die 2. Kammer der Räder zu Wort, die sich im wesentlichen auf Polemiken beschäftigten. Besonderswert war, wie der Nationalliberalen Hadendorf erklärte, daß man junge Lehrer nichtständigen einer einklassigen Schule anstellen kann. Der Zentrumssab. Böck trat für eine Höherbemessung der Lehrer Gehalts an. Ein anderer trat für eine Pfarrerleistungsbefreiung vor. Der sozialdemokratische Abg. Wissler erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zu beiden Gesetzen. Der Zentrumssabgeordnete Borsig betonte, daß die katholischen Geistlichen nicht Staatsdiener, sondern Dienst der Kirche seien, letztere müsse deshalb ihre Befreiung übernehmen, aber der Staat habe ihr die Kirchengüter entzogen; darum müsse er jetzt die Kirche unterstützen. Mit Recht hob er hervor, daß man in der katholischen Bevölkerung nicht verkehre, warum die evangelischen Geistlichen mehr Gehalt beziehen sollten wie die katholischen. Den Anfang der Regelung der Pensionsverhältnisse der Geistlichen begrüßte er und bedauerte sehr, daß die Diözesen Posen-Kreis und Kulm von dem Gesetz ausgenommen seien. Die ganze katholische Bevölkerung Preußens und des Reiches wird vom Räder der Zentrumssfraktion zustimmen, wenn er die Partei sehr stark stützt. Mit Recht hat die preußische Zentrumstraktion die Forderung der Gleichstellung erhoben, denn schon als politische Partei muß sie dafür eintreten, daß niemand wegen seines Standes oder seines Glaubens vom Staat zurückgestellt wird; die Vorlage der Regierung aber bringt leider eine solche Zurückstellung. Wir wollen daher mit dem Abg. Dr. Borsig hoffen, daß es gelingen wird, in der Kommission eine befriedigende Lösung zu finden. Wenn jetzt mit allen Nachdruck in der katholischen Bevölkerung Preußens, namentlich von Polen, diese Gleichstellung gefordert wird, so wird der preußische Landtag sich diesem Ruf nach Partei nicht entziehen können. Der Episkopat aber würde eine bessere Bevölkerung unserer Geistlichen nur mit Dank begrüßen.

— Verbot der Mitgabe der Arbeit nach Hause. Die Gewerbeordnungskommission des Reichstages nahm folgenden Antrag Körpe an: „Arbeiterinnen und jugendliche Arbeitern darf für die Tage, an welchen sie in dem Betriebe die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt waren, Arbeit zur Werrichtung außerhalb des Betriebes vom Arbeitgeber überhaupt nicht übertragen oder für Rechnung Dritter überwieien werden. Für die Tage, an welchen die Arbeiterinnen oder jugendlichen Arbeiter in dem Betrieb für längere Zeit beschäftigt waren, ist die Übertragung oder Überweisung nur in dem Umfang zulässig, in welchem Durchschnittsarbeitnehmer die Arbeit vornehmlich in dem Betrieb während des Restes der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit würden herstellen können, und für Sonn- und Festtage überhaupt nicht. Bei Zuwidderhandlungen gegen die Bestimmungen des Absatzes 2 kann die zuständige Polizeibehörde auf Antrag oder nach Anhörung des zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten (§ 139 b) im Wege der Verfügung für einzelne Betriebe die Übertragung oder Überweisung solcher Arbeit entsprechend den Bestimmungen des Absatzes 2 bestrafen oder von besonderen Bedingungen abhängig machen. Vor Erlass solcher Verfügungen ist den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern Gelegenheit zu bieten, sich aufdrücklich zu äußern.“ Der Beschwerdeweg ist wie sonst geregt.

Balkan.

Die Note der Konsuln der vier Schutzmächte an das Kreisfukomitee der Insel Kreta lautet: Die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Russlands haben die Ehre, im Auftrage ihrer Regierung der französischen Regierung folgende Mitteilung zu machen: Die Schutzmächte stehen auf dem Standpunkte, daß die Vereinigung Kretas mit Griechenland von der Zustimmung der Mächte abhängig ist, die der Türkei gegenüber gewisse Verpflichtungen eingegangen sind. Sie würden aber nichtsdestoweniger geneigt sein, an die Diskussion dieser Frage mit Wohlwollen heranzutreten, wenn die Ordnung auf der Insel aufrechterhalten bleibt und andererseits die Sicherheit der muselmanischen Bevölkerung gewährleistet wäre.

Die Behauptung auswärtiger Blätter, der Reichskanzler habe dem italienischen Botschafter seine Unzufriedenheit mit der Politik Italiens ausgesprochen, wird als völlig unwahr und gegenstandslos bezeichnet. Die Behauptung lautete, der italienische Botschafter in Berlin habe den Auftrag erhalten, persönlich in Rom dahn zu wirken, daß sich Italien bei den Balkanfragen zuverlässiger erweise als in Algieras.

— Durch Montenegro ermutigt, sah Serbien eine gewaltsame Lösung der schwedenden Fragen ins Auge, falls eine Konferenz den Erwartungen nicht entsprechen sollte. In offiziellen Kreisen scheint man die Autonomie Bosniens und der Herzegowina unter einem ausländischen Fürsten zu wünschen, sowie eine Grenzberichtigung an der Küste der Herzegowina.

Frankreich.

— Der Ministerrat billigte die Übereinkunft mit der Orleanegesellschaft wegen der Wiederaufnahme des Betriebes gewisser Linien und wegen freundlicher Regelung des Preises für Rücklauf der Westeisenbahn.

Frankreich.

— Der Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey und der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich

haben am Deinstag ein Abkommen unterzeichnet, wodurch England und Deutschland zur Bekämpfung der Schlafrankheit in ihren ostafrikanischen Besitzungen gemeinsame Maßnahmen treffen.

— Der Lordmayor, der aus Anlaß der Beendigung seiner Amtszeit vom Geheimen Rat Abchied nahm, erklärte, er sehe den Besuch des deutschen Kaisers und der Kaiserin als eines der bedeutendsten Ereignisse seiner Amtszeit an.

— Lord Wardale, der das Kaiserinterview veröffentlicht haben soll, bestreitet diese Behauptung.

Spanien.

— In dem neuen Marinetaf Spaniens ist ein Sonderkredit von 21 Millionen Pesetas als erste Ratenzahlung für die neue Flotte vorgesehen.

Rußland.

— Die Novaja Wremja bespricht das Kaiserinterview: „Wir würden an diese Worte Kaiser Wilhelms nicht glauben, wenn sie nur im Daily Telegraph, einem Blatt von so zweifelhaftem Ruf, abgedruckt wären. Das Gespräch ist aber auch in dem deutsch-öffentlichen Organ mit der augenscheinlichen Absicht veröffentlicht worden, in der ganzen Welt einen bestimmten Eindruck hervorzurufen. Und bleibt nichts weiter übrig, als davon Kenntnis zu nehmen. Europa wird dagegen gut tun, dieses deutsche Verhältnis zu registrieren und von seinem Standpunkt aus alle von Deutschland übernommenen internationale Verpflichtungen abzuschätzen und unter diesem Gesichtswinkel alles zu betrachten, was Deutschland in Wort und Schrift zukünftig übernimmt.“

Perfien.

— 1000 Bachtiarenreiter sind in Teheran eingetroffen, die gegen Täbris geschickt werden sollen. Mit ihnen sollen zwei Schneider-Creuzt-Geschüze und vier Uchatus-Geschüze gegen Täbris abgehen.

Sächsischer Landtag.

H. Dresden, den 29. Oktober 1908.

Zweite Kammer.

Es gelangten heute Petitionen zur Schlussberatung. Buerst berichtete über die Petitionen des Landwirtschaftlichen Vereins Lampertswalde bei Großenhain und Umgegend und Gen., die Aufhebung der Schenkung für die Elbhänge und Amseln betreffend, Abg. Schlag (cons.) und beantragt, diese Petitionen der Regierung zur Erwidigung zu überweisen. Biergärtner Dr. Schill (cons.) bemerkte hierzu, daß dieser Antrag in dem Sinne aufzufassen sei werde, daß die Regierung die Wirksamkeit des § 5 des bezüglichen Reichsgesetzes ermöglichen möge. Zur den Antrag sprechen noch Abg. Greulich (cons.) und Andra (cons.). Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Abg. Enke (cons.) berichtet über die Petition des Stadtrates zu Neustadt in Vertretung des Ortsamtsverbandes wegen Erstattung von Verpflegungsgeldern. Die Deputation beantragt, diese Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Nachdem Abg. Spies (cons.) für den Antrag eingetreten war, wurde derselbe einstimmig angenommen. Über die Petition des Gottlieb Eisenhardt in Röhrsdorf bei Pausa, die Gewährung einer Pension betreffend, wird beantragt, diese Petition auf sich beruhen zu lassen, was einstimmig beschlossen wird.

Nächste Sitzung Montag den 2. November, 11 Uhr vormittags. Tagesordnung: Ein Kapitel des Reichstagsatlas und die Errichtung eines Neubaues für das Gymnasium in Plauen.

Das Stadt und Land.

Verhandlungen aus unserer Redaktion mit Bezugnahme auf die Befreiung der Schenkenberg für die neue Stadt aus der Nebstadt allezeit fortzusetzen. Der Name des Käfers steht bei Schenkenberg. Einzelne Siedlungen müssen unbedingt beibehalten.

Dresden, den 30. Oktober 1908.

Festsetzung über für den 31. Oktober 1908 Renten des Gutes, bet. eine Verfolzung — 1902. † Dr. J. Lengnau in Norden, ehemaliger Zentrumssabgeordneter. — 1907 Polizei wird Chof des preußischen Generalslates.

1. November. 1907 † Otto Gräberzog von Österreich. — 1904 Regierungsauftritt des Herrn Ritter von Orlitzky II. — 1902 * Friedrich Haase zu Berlin, davor Schauspieler der Opernwelt. — 1787 Antonio Canova zu Possagno, bet. Bildhauer.

2. November. 1907 Vertrag über die Integrität No. wegers. — 1840 * Ulrich Horum von Trier. — 1766 * Feldmarschall Radetsky. — 1789 * Karl Ditter von Dittersdorf zu Bözen, Komponist.

* Wetterprognose der Königl. Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden für den 31. Oktober: Südwest, veränderlich, warm, trocken.

* Im Allerhöchsten Auftrage Sr. Majestät des Königs wohnte der Königl. Oberhofmarschall Freiherr von dem Busche-Strelitz, Erz, heute mittag 12 Uhr der Beisetzung des verstorbenen Kammerherrn v. Arnim auf dem Tolkewitzer Friedhof bei.

* Prinz und Prinzessin Johann Georg von Sachsen, sowie Prinz August von Sachsen-Coburg und Gotha sind Donnerstag früh in Paris eingetroffen.

* Se. Heiligkeit der Papst hat der Frau Gräfin Schall-Riaucourt in Dresden das Kreuz „Pro ecclesia et pontifice“ verliehen.

* Kath. Kirche. Sonntag den 1. November: Messe in B-Dur von Mozart; Graduale; Justorum animas von Ed. Krebsheimer; Offertorium: Mirabilis Deus von Schäfer. — Montag den 2. November: Requiem in D-Moll von Mozart. — Dienstag den 3. November: Requiem in D-Moll von Rethiger. — Mittwoch den 4. November: Requiem in Es-Dur von Ett.

* Im katholischen Teil der Garnisonkirche zu Dresden-Albertstadt findet Sonntag den 29. November nachm. 3½ Uhr eine geistliche Musikaufführung statt.

* Das 25-jährige Geschäfts- und Jubiläum begiebt am Sonntag den 1. November Herr Schubmachermeister Heinrich Köhler und Frau, Friedrichstraße 8. Herr Köhler ist Mitglied des kath. Weißervereins sowie einer Anzahl anderer Vereine und nimmt an dem Gemeindeleben regen Anteil.

* Das Stadtverordnetenkollegium beschloß in seiner Donnerstag-Sitzung dem fehlenden Ratsbeschlüsse betreffs der Kinderfürsorge in der Weise zugestimmen, daß dem Waisenamt eine neue Abteilung für Kinderfürsorge angegliedert und dieser die dauernde Pflegeaufnahme mit den Kinderfürsorge in Dresden gewidmeten Anstalten und deren Förderung übertragen und beim Waisenamt vom 15. November 1908 ab eine weitere Pflegerin angesetzt wird, im Amt get. aber die Pflege des Kindes abzulegen.